

Philippinen unterm Brady-Plan

Seit der IWF-Entscheidung vom 16. August 1989 können die Philippinen nach dem sog. Brady-Plan, ähnlich wie Mexiko, 25 % der IWF-Kredite für den Schuldendienst an ihre 483 privaten Gläubigerbanken verwenden. Weitere 40 % können für Zinsgarantien beim Verkauf von Pfandbriefen (1989-90 insgesamt US\$ 1,2 Mrd.) genutzt werden. Die privaten Banker erhalten dadurch ihre Zinsen und Tilgungen für alle Geldgeschäfte durch Kredite des IWF garantiert. Der vom IWF am 23. Mai 1989 eingeräumte Kredit-spielraum von US\$ 1,17 Mrd. schmilzt dadurch für Entwicklungsprogramme erheblich zusammen. Eine Bedingung für das neue Arrangement ist die Verringerung des Haushaltsdefizits von 3,4 % des BSP auf 2,9 % für 1990, was nur durch Steuererhöhungen und die Streichung von öffentlichen Ausgaben und Zuschüssen zu erreichen ist.

Weitere Bedingungen für einen neuen US\$ 300 Mio. Kredit der Weltbank sind laut eines vertraulichen Berichtes des Weltbankpräsidenten Barber Conable vom 6. April 1989 die Aufhebung des Bankgeheimnisses, die Verringerung philippinischer Bankgewinne, Lizenzentzug für "ineffiziente" kleine Banken und die Zulassung ausländischer Großbanken auf den Philippinen: "Das System sollte die Aussonderung der ineffizienten und schwachen Banken zulassen. Das angemessenste Verfahren ist eine



Die Philippinen kommen unterm Brady-Plan

Foto: R. Dusik

Fusion oder der Ankauf. Wenn keine einheimischen Käufer da sind, sollten ausländische Banken am Prozeß beteiligt werden".

Die Inflationsrate stand im Juli 1989 bei 10,3 % und wird für 1989 auf 11 % (IWF Planung: 8 %) geschätzt. Als Hauptgrund wird die Anhebung des Minimallohns von 64 Pesos auf 89 Pesos (für Facharbeiter in Manila, sonst entsprechend niedriger) vom 8. Juni 1989 angegeben. Das Wachstum des BSP lag im ersten Quartal 1989 bei 4,13 % (1988: 7,3 %; Plan 1989: 6,5 %), bedingt durch ausblei-

bende Investitionen. Die hohe Steigerung von 1988 ist mit besserer Auslastung der Betriebe zu erklären. Infolge unzureichenden Steueraufkommens (teils durch die Umstellung auf Mehrwertsteuer bedingt) lag das Haushaltsdefizit um US\$ 55,6 Mio. über der festgelegten Beschränkung. Trotz Exportsteigerung betrug das Handelsdefizit im ersten Quartal 1989 US\$ 449 Mio., so daß die gesamten Devisenreserven (einschließlich Gold) lediglich US\$ 1,8 Mrd. betragen, gerade ausreichend für die Importe von sechs Wochen. Die Auslandsverpflichtungen stiegen auf US\$

29,95 Mrd., was einem Schuldendienst von US\$ 4,8 Mrd. für 1989 entspricht. Die Austauschrate des Pesos fiel gegenüber dem US-Dollar auf 21,88:1. Die Summe des Investitionskapitals aus Hongkong und Taiwan steigt weiterhin an. Manila scheint nach dem Massaker vom Tiananmen als Alternative zu Beijing zu dienen. Aber von einer "wirtschaftlichen Revolution" (Industrie- und Handelsminister Jose Concepcion am 10. Juni 1989 in Bonn) kann keine Rede sein, schon gar nicht für die marginalisierte Mehrheit der Bevölkerung.

Vgl. FEER v. 8.6.; 29.6.; 6.7; 3.8.; 31.8.89; MDA v. 5.7.89

Die Entwicklungshilfe für Cory Aquino aus Bonn

Anläßlich ihres Staatsbesuchs in der Bundesrepublik vom 9.-11. Juni 1989 wurden Frau Aquino zur Aufstockung des "Mini-Marshall-Plans" 110 Mio. DM für 1989 und 330 Mio. DM für drei weitere Jahre zugesagt. Für den von den USA entworfenen Plan werden 10 Mrd. US\$ benötigt. Auf einer internationalen Konferenz zur Mobilisierung der Mittel in Tokio im Juni 1989 waren aber nur Beteiligungen in Höhe von 3,5 Mrd. US\$ in Aussicht gestellt worden.

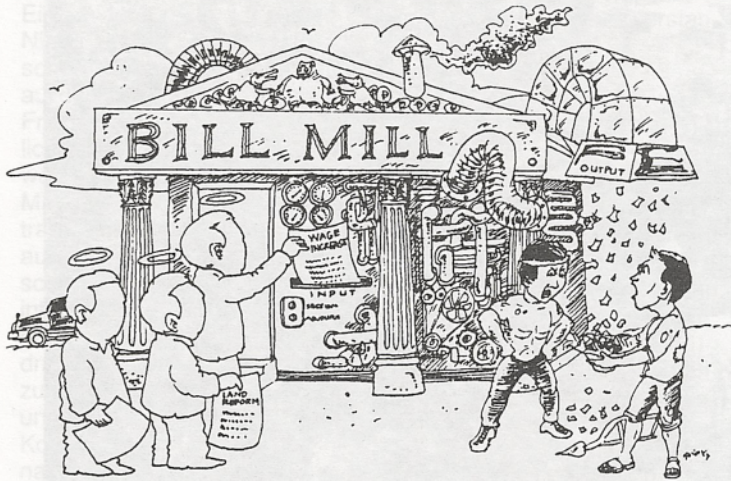
Für 1989 leistet die Bundesregierung außerdem etwa 40 Mio. DM an finanzieller Hilfe in Form von "sanften Krediten" und 20 Mio. DM an Technischer Hilfe. Dazu kommen noch etwa 20 Mio. DM öffentliche Hilfgelder, die über die Kirchen, politische Stiftungen und Verbände abgewickelt werden. 1988 wurden zusätzlich 10 Mio. DM für Katastrophenhilfe aufgebracht. Die Zuwendung von direkter Entwicklungshilfe des Jahres 1989 entspricht in etwa den jährlichen Hilfsleistungen seit dem Amts-

antritt von Frau Aquino. Bis zu ihrem Amtsantritt flossen insgesamt 823,9 Mio. DM an öffentlichen Hilfsmitteln an den philippinischen Staat.

Am 26. Juni 1989 wurde in Manila ein Hilfsabkommen über 6,3 Mio. DM für den Ausbau des landwirtschaftlichen College VISCA in Baybay, Leyte, und des "Forschungs- und Entwicklungszentrums für Metallurgie" in Manila unterzeichnet. Das umstrittene "Bondoc Development Project" in der Provinz Quezon wurde am 1. Mai 1989 mit 5,6 Mio. DM Technischer Hilfe für die ersten dreieinhalb

Jahre in Angriff genommen. Insgesamt sind 25 Mio. DM für Straßenbauten und 4,3 Mio. DM an Technischer Hilfe für das Projekt vorgesehen. Die Führung der lokalen Guerilla der Provinz Quezon hat in einem zweiten Schreiben vom Mai 1989 der Bundesregierung mitgeteilt, daß sie das Projekt nicht zur Durchführung kommen läßt, wenn es nicht mit ihr abgesprochen wird.

Vgl. Ansprache von Präsidentin Aquino vor dem DIHT in Bonn am 10.6.89; MDA v.15.6. u. 28.6.89



Auch ohne spektakuläre Manipulation: Landreformprogramm wird Makulatur

NM vom 7.6.89 S.1

Rücktritt von Solita Monsod: die Wirtschaftslobby im Kabinett

Die Ministerin der Nationalen Behörde für Wirtschaftsplanung und Entwicklung (NEDA), Frau Solita Monsod, ist am 23. Juni 1989 wegen "offener und unvereinbarer Differenzen" mit der Wirtschaftsplanung der Regierung zurückgetreten. Sie wurde abgelöst durch Jesus Estanislao, dem bisherigen Direktor des Zentrums für Forschung und Kommunikation (CRC), eines "weltlichen Apostolates" der rechtskatholischen Laienorganisation Opus Dei in Manila. Mit Frau Monsod ist die letzte Verfechterin einer Wirtschaftsstrategie, die die Entwicklung des Landes stärker an den Bedürfnissen der verarmten Mehrheit der Bevölkerung ausrichten und zur Überwindung der enormen Einkommensunterschiede beitragen will, aus dem Kabinett von Frau Aquino ausgeschieden.

Seitdem hat der Block der Verfechter einer freien Marktwirtschaft die Führung in der Regierung übernommen, der die Interessen der philippinischen Großunternehmer vertritt. Dazu zählen der Finanzminister Vincente Jayme, der Gouverneur

der Zentralbank, José Fernandez, Industrie- und Handelsminister José Concepcion, der Vorsitzende des philippinischen Hilfsprogramms (PAP), Roberto Villanueva, der Minister für Tourismus, Peter Garrucho und der neuernannte Planungsminister Jesus Estanislao.

Die Differenzen bestanden vor allem in der Frage der Schuldentrückzahlung und der Rolle des PAP, auch "Mini-Marshall-Plan" genannt. Frau Monsod plädierte im Gegensatz zum Interessenblock des "Business" für die Zurückweisung aller Schulden aus der Korruption der Marcos Ära und die Beschränkung des Schuldendienstes auf 15 % des BSP (1989: 45 %). Sie wehrte sich außerdem gegen die Einbeziehung der gesamten Entwicklungshilfe aus dem Ausland in den "Mini-Marshall-Plan", durch den Großprojekte im Interesse der großen Firmen des Landes bevorzugt werden und der den USA als Kompensationsprogramm für die Verlängerung der Stützpunktverträge über 1991 hinaus dient.

Vgl. FEER v. 13.7. und 31.8. 89

Skandal macht die Schwächen des Landreformprogramms deutlich

Mit Hilfe von 14 Beamten des Ministeriums für Agrarreform, darunter ein Staatssekretär, kaufte die "Briefkastenfirma" Sharp International Marketing Inc. Mitte 1988 im Hinterland der Provinz Camarines Sur 1889 ha unbebautes Land für US\$ 149.500 auf und verkaufte es zwei Monate später für US\$ 2,91 Mio. an die staatliche Bodenbank für die Verteilung an landlose Bauern im Landreformprogramm. Durch die blitzschnelle Überschreibung innerhalb von 24 Stunden und eine erhöhte Steuererklärung bei der Einstufung des "fairen Marktwertes" fiel der Fall auf und entlarvte die Misere des gesamten Landreformprogramms. Agrar-

reformminister Philip Ella Juico trat zurück, gegen die Beamten wird ermittelt. Am 30. Juni 1989 übernahm die streitbare Kommissarin der Einwanderungsbehörde, Miriam Defensor-Santiago, das Ministerium.

Die Regelung der "gerechten Entschädigung" (25 % in bar, der Rest in Wertpapieren) wird fast immer zugunsten der Landbesitzer interpretiert. Auch wenn keine spektakulären Manipulationen im Spiel sind, kostet das Reformprogramm 8 Mrd. DM, die der Staat nicht aufbringen kann. Nach Angaben der Bodenbank hatten Ende 1988 überhaupt erst 150.000 oder 6% aller 2,5 Millionen Pächter ihr eigenes Land erhalten.

Vgl. MDA v. 30.6.89; FEER v. 8.5. und 13.7.89

Massenevakuierung mit hunderten von Toten auf Negros

Eine neue Qualität erreichte die "Aufstandsbekämpfung" in diesem Sommer auf der philippinischen Zuckerinsel Negros. Das Militär machte sich daran, die CHICKS-Region (benannt nach den Städten Cauayan, Hinobaan, Ilog, Candoni, Kabankalan und Sipalay) im südlichen Negros von der NPA-Guerilla zu "säubern". Um freies Schußfeld für etwa 3000 Soldaten, schwere Artillerie, Düsenjäger, Hubschrauber und Luft-Boden-Raketen zu haben, wurden etwa 35.000 Menschen aus der extrem armen Region zwangsevakuert. Von den geschätzten 200 NPA-Guerillas wurden nach Angaben der Regierung, die in der Regel auch "versehentlich" umgekommene Zivilisten dazu zählt, 42 getötet und 74 gefangen.

Die Opfer unter der Zivilbevölkerung waren katastrophal. "Mehr Kinder als Kommunisten unter den Toten" titelte selbst die konservative FAZ zu dieser "Operation Donnerschlag". Die Zwangsevakuerten wurden nämlich weitgehend sich selbst überlassen und insbesondere die Kinder starben in großer Zahl an Nahrungsmangel und an der fehlenden medizinischen Versorgung. Die philippinische Regierung gibt rund 90 tote Zivilisten zu, kirchliche und medizinische Hilfswerke sprechen dagegen gleichlautend von

etwa 300. Die Regierung hat sich geweigert, die "internal refugees", von denen es auf den Philippinen insgesamt mehr als 300.000 gibt, auf Negros durch die katholische Kirche versorgen zu lassen. Stattdessen stellte sie den Flüchtlingen durchschnittlich 80 (!) Gramm Reis pro Person und Tag zur Verfügung.

Für dieses Jahr plant das philippinische Militär eine weitere Massenevakuierung in Zentralnegros, die "Operation Freiheit", wovon voraussichtlich 10.000 Menschen betroffen sein werden. Kurzfristig mag diese Art der "Aufstandsbekämpfung" - die auch von massiven Angriffen gegen die Zuckerarbeitergewerkschaft NFSW begleitet wird - numerische Erfolge im Kampf gegen die Guerilla bringen, doch neigen viele Beobachter eher der Analyse des katholischen Bischofs Fortich zu: "Unter Marcos soll die NPA 12.000 Mann gehabt haben, jetzt sollen es 26.000 sein, sie wächst also. Warum? Wegen der Ungerechtigkeiten! Man bombardiert Dörfer, in denen sich Partisanen versteckt haben sollen - aber Ideologie kann man doch nicht mit Kugeln bekämpfen. Wenn die Regierung wirklich etwas erreichen will, dann soll sie sich um die Bodenreform kümmern, jetzt." Die internationale Menschen-

rechtsorganisation FIAN und medico international haben eine Unterschriftensammlung bzw. eine Eilaktion wegen der bedrohlichen Situation auf Negros durchgeführt.

Vgl. Berichte von FIAN und medico international; NM v. 12.7., S. 3-7; FAZ v. 10.8. 1989

Doppelagenten in der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP)

Am 27. Juni 1989 wurde Satur Ocampo, Mitglied des Politbüros der CPP und stellvertretender Vorsitzender der NDF, zusammen mit seiner Frau Carolina Malay in Manila verhaftet, offensichtlich durch Hinweise von Agenten des Militärs innerhalb der Partei, den sog. Deep Penetrating Agents (eingeschleuste Agenten). Gleichzeitig wurden 85 weitere "verdächtige Kader" der Kommunistischen Partei in Manila festgenommen. Vier Tage zuvor war das Kopfgeld für die 35 meistgesuchten CPP/NPA/NDF-Führer auf je 1 Mio. Peso (US\$ 45.600) erhöht worden. Satur Ocampo ist auch Vorsitzender der Kommission für die Nationale Front (NUFC) und war Delegationsleiter der NDF während der Friedensverhandlungen Ende 1986 bis Anfang 1987. Im März 1988 waren sieben hochrangige Kader der CPP/NPA/NDF festgenommen worden, offensichtlich auch durch Agenteninformationen, darunter der Leiter der Militärkommission der CPP, Romulo Kintanar, der jedoch Anfang 1989 wieder aus der Haft entkommen konnte. Ende 1986 war der damalige Vorsitzende der CPP, Rodolfo Salas, auf die gleiche Weise in Manila vom Militär gefaßt worden. Er hatte mit einem Brief aus dem Gefängnis an das Mitglied des Zentralkomitees Juanito Rivera seinen Verdacht mitgeteilt, worauf das Regionalkomitee Süd-Tagalog (STRC) mit der Aufklärung der Unterwanderung in Manila und den Landprovinzen der Region beauftragt wurde. Diese Operation erhielt den Namen Missing Link (verlorene Verbindung). Bei der Aufklärung kam es zu so starken Ausschreitungen, daß Satur Ocampo Anfang

November 1988 persönlich eingriff. Die Säuberungen wurden eingestellt, die Verantwortlichen der Ausschreitungen zur Verantwortung gezogen und unter Strafe gestellt, was den Vorsitzenden der regionalen Kommission, Jose Luneta, die Regionalsekretärin der Partei, Miel Laurenaria, den regionalen Guerillaführer Gemeniano Gualberto und offensichtlich auch den Regionalsprecher der NPA, Gregorio Rosal, Ka Roger genannt, betraf.

Einzelheiten über die Aufklärung, die Ausschreitungen und Opfer der Säuberung sind seit August 1988 durch "Bekanntnisse" von festgenommenen Kadern, Agenten oder angeblichen Agenten bekannt geworden. Danach sollen insgesamt 48 Personen exekutiert und in vier Massengräbern in den Provinzen Quezon und Laguna begraben worden sein. Bisher sind 12 Tote ausgegraben worden, von denen zwei identifiziert werden konnten. Nach Aussagen des Militärs handelt es sich bei allen Toten um Opfer der Säuberung. Einer Stellungnahme der regionalen Führung der NPA vom Juni 1989 ist zu entnehmen, daß Säuberungen stattgefunden haben; von den Toten in den entdeckten Massengräbern wird gesagt, daß sie vom Militär "manipuliert" worden seien.

Daß Agenten des Militärs in der CPP operieren und gefaßt wurden, geht auch aus einer Stellungnahme des Regionalkommandeurs des Militärs, General Alejandro Galido, hervor. Er teilte mit, daß er zu "einer ganzen Reihe" von Agenten den Kontakt verloren habe.

vgl. FEER v. 3.8., 10.8.; NM v. 30.8.

Das Interesse der Philippinen an Gorbatschows Entspannungspolitik

Der philippinische Außenminister Raul Manglapus hielt sich vom 17. -19. Juli 1989 in der UdSSR auf und führte Gespräche mit Michail Gorbatschow und Außenminister Eduard Schewardnadse. Unterzeichnet wurde ein Abkommen über verstärkte wirtschaftliche und technische Kooperation zwischen der UdSSR und den Philippinen.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Schaffung einer "Zone des Friedens-, der Freiheit und Neutralität" (ZOPFAN) in der Region Südostasien, wofür die UdSSR der ASEAN im Rahmen ihrer Entspannungspolitik Unterstützung zusichert. Schewardnadse schlägt die Aufnahme von Konsultationen zwischen allen beteiligten und interessierten Staaten vor, um schrittwei-

se eine Überwindung der Militarisierung zu erreichen und eine kernwaffenfreie Zone in Südostasien zu verwirklichen. Bereits Anfang 1989 hatte Gorbatschow die Räumung von Cam Ranh in Vietnam als Gegenzug zur Schließung der US Stützpunkte auf den Philippinen angeboten.

Im Schlußkommuniqué wurde auch gemeinsam für eine politische Verhandlungslösung des Konfliktes in Kambodscha plädiert und die Hoffnung auf eine Friedensregelung auf der Internationalen Kambodschakonferenz in Paris im August 1989 zum Ausdruck gebracht. Es wurde auch vereinbart, daß Präsidentin Aquino 1990 der UdSSR einen Besuch abstattet.

vgl. MDA v. 24.6; 19.7; 21.7. 89

Massaker in einer protestantischen Kirche

Am 25. Juni 1989 wurden 37 Mitglieder der Vereinigten Kirche Christi der Philippinen (UCCP), darunter Frauen und Kinder, während eines Gottesdienstes in der Ortschaft Rano, in der Nähe der Stadt Digos in der Provinz Davao del Sur, von einem lokalen Kommando der NPA umgebracht. Das Massaker war so brutal, daß einige Leichen verstümmelt wurden. Die Einheit der NPA bekannte sich am 28. Juni schriftlich zu ihrer Bluttat und drückte ihr Bedauern darüber aus. Die Erklärung war unterzeichnet vom Kommando Benjamin Sarabia und Menardo Arce. Der Angriff galt der fanatischen Sekte der Ituman, einer Vigi-

lante-Gruppe, die vom Militär gegen die NPA bewaffnet worden war und sich unter die Gottesdienstteilnehmer gemischt hatte.

Die Leitung der UCCP verurteilte in einer Stellungnahme vom 28. Juni das Massaker und forderte eine Erklärung der nationalen Führung der NPA und die Bestrafung der Schuldigen. Das Militär wurde aufgefordert, keine Zivilisten zu bewaffnen und gegen die Guerillas einzusetzen. Außerdem wurde verlangt, einen sofortigen Waffenstillstand zu erklären und Friedensverhandlungen unter internationaler Aufsicht aufzunehmen.

vgl. The carnage will go on, unless Erklärung der UCCP v. 28.6.; FEER v. 3.8.



DEATH IN DIGOS

"Tod in Digos" kommentierte National Midweek aus: NM vom 26.7.89, S.1